

## Mona Neubaur geht bei Debatte zur Energiewende auf Klima-Protestler zu

# „Ich habe Respekt vor dem Engagement“



Mona Neubaur, grüne NRW-Wirtschafts- und Energieministerin, diskutierte mit André Stinka (SPD, 2.v.r.) Manfred Müller (Westfalen e.V., r.) (Matthias Ahlke)

Von Robin Gerke und Claudia Kramer-Santel

*rjg* MÜNSTER Trotz zähen Dauerregens und langer Staus in der Stadt gab es am Donnerstagabend einen voll besetzten Saal beim Politischen Forum „Mehr Mut zur Tat“. Vize-Ministerpräsidentin Mona Neubaur (Grüne) sprach mit Experten über das heiße Eisen Energiewende. Obwohl es um alle Facetten des „Turbos beim Windkraftausbau“ ging, den die schwarzgrüne Landesregierung starten will – und über deren Notwendigkeit sich sowohl das Podium als auch viele im Saal einig schienen – sorgten die Nachwehen der Räumung von Lützerath für Aufregung. Draußen skandierten Demonstranten Slogans („Lasst die Kohle in der Erde“) und schwenkten dazu vor den Fenstern des Franz-Hitze-Hauses Plakate.

Zuvor hatte es bereits eine Fahrraddemo in der Innenstadt gegeben. „Fridays For Future Münster“ hatte dazu aufgerufen. Der Polizei waren 100 Teilnehmende gemeldet worden. Knapp 40 junge Menschen fanden sich schließlich ein. Ein junger Aktivist („Wir sind hier eine bunte Truppe“) erklärte vor der Veranstaltung leise: „Ich bin ganz einfach enttäuscht.“ Dagegen wählten die „Parents for Future“, offenbar Eltern der Aktivisten, später rigorosere Protestformen mitten in der ansonsten differenzierten Veranstaltung: „Wissen Sie wie es ist, neben einem enttäuschten Sohn zu frühstücken. Was soll ich ihm sagen?“, schrie ein Vater Neubaur an – um mit lautem Türknallen den Saal zu verlassen.

Neubaur blieb „cool“ („Manchmal tut es gut, wenn so etwas einfach herauskommt“). Zuvor warb sie um Konsens und betonte, dass sie großen Respekt vor dem zivilgesellschaftlichen Engagement aller Gruppen habe, denn es gehe schließlich um die Zukunft. Sie erläuterte, dass Zugeständnisse wegen des Kriegs in der Ukraine und der Versorgungssicherheit im Energiebereich notwendig seien, dass der Braunkohle-Ausstieg insgesamt aber um acht Jahre vorgezogen werde. Die Landesregierung setze parallel dazu alles daran, die Windkraft massiv auszubauen. Hauptproblem sind bekanntlich zermürbende Genehmigungsverfahren – Schwarz-Grün will ein Bündel neuer Gesetze und Verordnungen dagegensetzen – doch im Detail zeigte sich, wie schwer es ist, den „Turbo“ zu starten.

---